

HANDLUNGSKONZEPT

GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

DER ZIVILGESELLSCHAFT COTTBUS/CHÓŠEBUZ

Am vorliegenden Text haben mitgewirkt:

Cottbuser Aufbruch, Unteilbar Südbrandenburg, Partnerschaft für Demokratie Cottbus,
Stadtverwaltung Cottbus, Beirat für Integration und Migration,
LIGA der freien Wohlfahrtspflege Cottbus, Stadtsportbund,
Integrations- und Stadtteilmanagement Neu-Schmellwitz,
Integrations- und Stadtteilmanagement Sachsendorf-Madlow u. a.

Den Text verantwortet im Sinne des Presserechts der Förderverein Cottbuser Aufbruch e. V.

September 2024

Inhalt

Einleitung

Zur Entstehung dieses Handlungskonzeptes	4
--	---

Bekanntnisse der Zivilgesellschaft

in der Stadt Cottbus/Chóśebuz	5
-------------------------------	---

Handlungsfelder

1. Kinder, Jugend und Familie	6
2. Kita, Schule, Bildung	9
3. Wissenschaft, Forschung und Hochschule	14
4. Arbeit und Wirtschaft	17
5. Sport, Freizeit und Kultur	19
6. Wohnen und Wohnumfeld	22

Zur Umsetzung, Zusammenarbeit

und Fortschreibung des Konzeptes	25
----------------------------------	----

Glossar

Rechtsextremismus	27
Rechtspopulismus	27
Antisemitismus	28
Rassismus	28
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	28
Diversität	29
Integration	29
Zivilgesellschaft	29
Transkulturalität	29

Anhang

Erklärung der hauptamtlichen Stadtverwaltung der Stadt Cottbus/Chóśebuz und deren Eigenbetriebe	30
--	----

EINLEITUNG

ZUR ENTSTEHUNG DIESES HANDLUNGSKONZEPTE

Rechte, rechtsextreme, rechtspopulistische Gruppen sowie Aktive, deren Handeln eindeutige Züge gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aufweisen, sind in Cottbus/Chóšebuz und Umgebung präsent. Sie stellen für Menschen eine Gefahr dar, untergraben die Demokratie und hemmen die Entwicklung der Stadt und der Region insbesondere die Errungenschaften des Strukturwandels. Rechtsextremismus ist kein Protest besorgter Bürger:innen, sondern ein Angriff auf die bürgerlich-parlamentarische Demokratie. Die rechtsextremistische Szene nutzt immer mehr legale Möglichkeiten, sich auszubreiten und gesellschaftlich zu verankern. Der Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus bedarf eines aktiven Handelns sowie eines engeren Zusammenwirkens aller gesellschaftlichen Kräfte.

Das vorliegende Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus stellt die zivilgesellschaftlichen Strukturen, Ziele und Vorgehensweisen gegen Rechtsextremismus in Cottbus/Chóšebuz dar und verbindet sie zu einer Gesamtstrategie. Es erweitert und ergänzt das interne Handlungskonzept der Stadtverwaltung, welches sich auf die Verwaltung und deren Eigenbetriebe bezieht. Zentral für das Gelingen der hier vorgeschlagenen Gesamtstrategie, ist das partnerschaftliche Zusammenwirken von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Das vorliegende Konzept ist in einem Zeitraum von zwei Jahren in einem breit angelegten partizipativen Prozess und unter Einbeziehung verschiedener Akteur:innen entstanden. In diesem Rahmen veranstalteten die Bündnisse „Cottbuser Aufbruch“ und „Unteilbar Südbrandenburg“ im Februar 2023 und 2024 je einen offenen und interaktiven Workshop, um auf diese Weise Impulse und Perspektiven aus der Zivilgesellschaft aufzunehmen. Im Verlauf des Workshops im Februar 2024 bildeten sich thematische Unterarbeitsgruppen, die sich am Tag des Workshops sowie in den folgenden vier Monaten von März bis Juni mit der konkreten Ausarbeitung von Zielen und Handlungsempfehlungen für die einzelnen Handlungsfelder befassten. Der Prozess wurde dabei seit Herbst 2023 von einer Gruppe verschiedener zivilgesellschaftlicher Akteur:innen (sog. Dynamische Arbeitsgruppe) gesteuert und durch eine externe Moderation (Projekt Fair Stärken/Violence Prevention Network gGmbH) begleitet. Die auf diese Weise erarbeiteten Strategien wurden im Sommer 2024 zum hier vorliegenden Gesamtkonzept zusammengefügt. Das Handlungskonzept ist dabei als „work in progress“ zu verstehen und soll in den kommenden Jahren von verschiedenen Akteur:innen laufend überarbeitet, ergänzt und fortgeschrieben werden.

BEKENNTNISSE DER ZIVILGESELLSCHAFT IN DER STADT COTTBUS/CHÓŠEBUZ

Das auf die oben beschriebene Weise entstandene Handlungskonzept basiert auf der Überzeugung, dass unser Gemeinwesen vom mutigen Eintreten aller gegen Demokratiefeindlichkeit und Rechtsextremismus lebt.

Für uns als zivilgesellschaftliche Akteur:innen in der Stadt Cottbus/Chóšebuz gehört die Verteidigung und Stärkung einer demokratischen und engagierten Zivilgesellschaft in unserer Stadt daher zum Kernbereich unseres Selbstverständnisses. Wir stehen ein für eine demokratische Kultur in der Gesellschaft, getragen durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen. Unsere haupt- und ehrenamtlich getragenen Initiativen, Vereine und Verbände tragen dabei eine besondere Verantwortung und Verpflichtung.

Wir leisten einen aktiven Beitrag zur Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus in der Gesellschaft. Unsere Organisationen sind keine Orte für menschenverachtende, demokratie- oder fremdenfeindliche Einstellungen. Wir wehren uns gegen die Einflussnahme rechtsradikaler Personen und Gruppen auf unsere Organisationen, unsere praktische Arbeit und auf die Menschen, die sich in unseren Vereinen und Verbänden haupt- und ehrenamtlich engagieren und unsere Angebote nutzen.

Wir wollen Cottbus/Chóšebuz aktiv mitgestalten zu einer solidarischen, weltoffenen, interkulturellen, inklusiven und lebenswerten Stadt. Dazu pflegen wir eine Kultur der friedlichen Zusammenarbeit in unseren eigenen Organisationen und mit unseren Partner:innen, die von gegenseitigem Respekt und Wertschätzung jedes Einzelnen geprägt ist.

Wir unterstützen daher ausdrücklich die Erklärung der hauptamtlichen Stadtverwaltung der Stadt Cottbus/Chóšebuz und deren Eigenbetriebe (s. Anhang).

HANDLUNGSFELDER

1. KINDER, JUGEND UND FAMILIE

Die Befähigung junger Menschen zu eigenverantwortlichem Handeln, gesellschaftlicher Mitwirkung und demokratischer Teilhabe sowie zur Konfliktlösung mit friedlichen Mitteln und Toleranz gegenüber verschiedenen Weltanschauungen, Kulturen und Lebensentwürfen sind gesetzlich verankerte Kernziele der Kinder- und Jugendarbeit.

Die Angebote der Familien- und Jugendförderung sind durch Offenheit, Freiwilligkeit, Partizipation, Geschlechtergerechtigkeit und Lebensweltorientierung geprägt und orientieren sich am Bedarf der jungen Menschen und ihrer Familien. Sie eröffnen Erfahrungsräume der non-formalen Bildung, die Halt, Orientierung und Möglichkeiten der persönlichen Entfaltung geben. Selbstvertrauen und Empathie entwickeln, sich eine eigene Meinung bilden, Selbstwirksamkeit erfahren und Gesellschaft mitgestalten, sind wesentliche Elemente der Ausrichtung pädagogischer Arbeit im Handlungsfeld. In den Angeboten wird ein respektvolles Miteinander gelebt. Die beschriebenen Handlungsziele in diesem Konzept greifen diese Grundgedanken auf.

STRATEGISCHE ZIELE	HANDLUNGSZIELE	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN
Freie Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Familienförderung in Cottbus/Chóšebuz zeigen sich der freiheitlich demokratischen Grundordnung verpflichtet. Ihre pädagogische Arbeit basiert auf demokratischen Werten und orientiert sich an den allg. Menschenrechten.	Diese Werteorientierung bildet sich in trügereigenen Leitbildern und Handlungskonzepten zum Thema Demokratieförderung und Menschenrechtsorientierung ab, welche sich auch auf das Leitbild der Stadt Cottbus/Chóšebuz beziehen.	Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit entwickeln Leitbilder, Handlungskonzepte und Hausordnungen, um die genannte Werteorientierung in der pädagogischen Arbeit zu verankern und zu realisieren. Die städtische Jugend- und Familienförderung unterstützt diese Entwicklungsprozesse durch fachliche Beratung und Vermittlung von geeigneten Expert:innen.

STRATEGISCHE ZIELE	HANDLUNGSZIELE	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN
<p>Pädagogische Fachkräfte richten ihre pädagogische Praxis nach den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aus.</p>	<p>Pädagogische Fachkräfte sind sicher und kompetent im kritischen Umgang mit diskriminierenden, menschenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen, Äußerungen und Verhaltensweisen in ihrem Berufsalltag und Arbeitsfeld.</p>	<p>Fachkräfte nehmen an Fort- und Weiterbildungsangeboten zu den genannten Herausforderungen teil.</p> <p>Träger unterstützen ihre Mitarbeiter:innen darin, solche Angebote wahrnehmen zu können.</p> <p>Die städtische Kinder-, Jugend- und Familienförderung unterstützt Fachkräfte dabei durch die Förderung von Angeboten, die Weiterleitung von Informationen und Empfehlungen sowie die Vermittlung an Fachberatungsstellen.</p>
<p>Demokratieförderung wird als wichtiger Teil der Prävention von Rechtsextremismus und als Querschnittsthema im Handlungsfeld begriffen und in Form von Angeboten zur Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Familien umgesetzt.</p>	<p>Kinder und Jugendliche und Familien fühlen sich beteiligt und werden partizipativ eingebunden bei der Planung und Durchführung von Angeboten und Hilfen.</p>	<p>Pädagogische Fachkräfte fördern Kinder- und Jugendbeteiligung im Alltag, um die Erfahrung von demokratischen und partizipativen Prozessen zu ermöglichen.</p> <p>Bestehende Formate zur Kinder- und Jugendbeteiligung werden (weiter-)entwickelt, um an aktuelle Trends und Themen anzuschließen und noch mehr Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen.</p> <p>Kinder, Jugendliche und Familien werden in die Weiterentwicklung dieses Handlungskonzeptes einbezogen.</p>

STRATEGISCHE ZIELE	HANDLUNGSZIELE	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN
<p>Im Feld der Kinder- und Jugendarbeit und Familienförderung wird der Schutz und die Unterstützung von Betroffenen von Diskriminierung, Abwertung und Gewalt als Querschnittsaufgabe/-auftrag verstanden.</p>	<p>Träger stärken den Betroffenenintern.</p> <p>Betroffene Kinder, Jugendliche und Familien, fühlen sich akzeptiert und unterstützt. Sie kennen die verantwortlichen Anlaufstellen und Ansprechpartner:innen.</p> <p>Pädagogische Fachkräfte sind sensibilisiert für die Situation Betroffener und kennen trägerinterne sowie externe Anlaufstellen. Sie setzen in ihrem Arbeitsalltag aktiv den Schutz und die Unterstützung von Betroffenen um.</p>	<p>Intern integrieren Träger und Einrichtungen den Schutz und die Unterstützung von Betroffenen in ihre Handlungskonzepte, Hausordnungen o.ä. und ergänzen diese durch die Entwicklung von Leitfäden zu oben genannten Themen und die Etablierung von kompetenten Anlaufstellen/ Ansprechpartner:innen.</p> <p>Betroffene werden in die Ausgestaltung ihrer Unterstützung aktiv eingebunden.</p> <p>Pädagogische Fachkräfte nehmen Fort- und Weiterbildungen wahr und berücksichtigen den Betroffeneninternschutz in der Konzeption, Planung und Umsetzung ihrer Angebote.</p>

2. KITA, SCHULE, BILDUNG

Neben dem Elternhaus sind die wichtigsten Sozialisationsinstanzen die Bildungseinrichtungen der formalen, non-formalen und informellen Bildung. Dazu gehören explizit die Kindertageseinrichtungen und Schulen. Diese Bildungseinrichtungen arbeiten eng und mit hohem zeitlichem Aufwand mit Kindern, Jugendlichen und Eltern zusammen. Sie sind sowohl für Aspekte des Demokratielernens verantwortlich als auch Orte, wo alle Kinder und Jugendlichen einen gleichwertigen Anspruch auf Bildung haben. Neben der Familie sind Kita und Schule die wichtigsten Orte der Primärprävention von Rechtsextremismus. Hier werden die Weichen für demokratische oder nicht-demokratische Orientierungen von Jugendlichen gestellt. Den Bildungsinstitutionen stehen dafür verschiedene Ansätze, Methoden und Handlungsoptionen zur Verfügung.

Bei der Umsetzung der hier beschriebenen Handlungsempfehlungen wird die Eigenverantwortung der Bildungseinrichtungen geachtet und sie werden durch die Stadt Cottbus/Chóšebuz gestärkt und unterstützt.

STRATEGISCHE ZIELE	HANDLUNGSZIELE	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN
<p>Die Bildungseinrichtungen in Cottbus/Chóšebuz übernehmen gesellschaftliche Verantwortung und leisten aktive Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus.</p>	<p>Demokratieerziehung und die Förderung antirassistischer und demokratischer Einstellungen sind fester Bestandteil der Kita- und Schulbildung. Pädagogische Fachkräfte sind sicher und kompetent in der Förderung der genannten Einstellungen.</p> <p>Kinder und Jugendliche sind ihrem Alter entsprechend sensibilisiert für und aufgeklärt über rechtsextreme Erscheinungsformen und Strategien.</p>	<p>Es werden regelmäßige Multiplikator:innen-Schulungen und Fortbildungen für pädagogisches Personal zu den Themen Rechtsextremismus und Rassismus angeboten. Pädagogische Fachkräfte erkennen die Symbolik von Rechtsextremismus und Rassismus und entwickeln entsprechend Handlungskompetenzen.</p> <p>Kinder und Jugendliche werden durch verschiedene altersgerechte und niedrigschwellige Angebote über rechtsextreme Erscheinungsformen und Strategien im Internet und den sozialen Medien sensibilisiert und aufgeklärt.</p>

STRATEGISCHE ZIELE	HANDLUNGSZIELE	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN
	<p>Kinder und Jugendliche fühlen sich beteiligt und werden in allen Bildungseinrichtungen partizipativ und altersgerecht eingebunden.</p>	<p>Spezielle Angebote des sozialen Lernens und der kulturellen und politischen Bildung stärken und fördern die Handlungs- und Konfliktfähigkeit von Kindern und Jugendlichen. U16/U18-Wahlen werden durch die Kinder- und Jugendbeauftragte in Zusammenarbeit mit allen Bildungseinrichtungen koordiniert.</p> <p>Kinder- und Jugendparlamente werden durch die Kinder- und Jugendbeauftragte in allen Schulformen angeregt, unterstützt und deren Zusammenwirken in Netzwerken gefördert.</p> <p>Es werden Kinderkonferenzen oder andere geeignete Beteiligungsformen in Kindertagesstätten durch die Träger etabliert.</p> <p>Ein Methodenkoffer für alle Bildungseinrichtungen zu adäquaten Beteiligungsformen wird entwickelt z.B. unter Beteiligung der BTU Cottbus-Senftenberg, des Oberstufenzentrums/Soziale Arbeit, des Bildungsbüros der Stadt Cottbus, der Schulsozialarbeit in Cottbus und der RAA.</p>

STRATEGISCHE ZIELE	HANDLUNGSZIELE	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN
	<p>Beratungs- und Hilfestrukturen sind den pädagogischen Fachkräften an allen Bildungseinrichtungen bekannt.</p> <p>Die Bildungsinstitutionen sind im regelmäßigen Austausch und arbeiten in Netzwerken zusammen.</p>	<p>Eine zentrale Kontakt- und Informationsstelle stellt für alle Akteur:innen an Bildungseinrichtungen regelmäßig aktualisierte Informationen bereit zu</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Symboliken und Fortbildungen ▪ Möglichkeiten der Mittelakquise für Fortbildungen und Unterstützungsangebote ▪ außerschulischen Angeboten und Kooperationspartnern. <p>Ein Netzwerk zur Koordination und zum Austausch über Veranstaltungen, Projekte und erfolgreiche Maßnahmen wird etabliert, wie z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage ▪ Toleranzpreis des Fördervereins Cottbuser Aufbruch ▪ Aktionstage für Demokratie und Vielfalt
<p>Bildungseinrichtungen bieten aktiven Schutz vor Rechtsextremismus, Rassismus und weiteren Diskriminierungsformen.</p>	<p>Bildungseinrichtungen fungieren als sichere und geschützte Orte. Angebote zum Schutz vor Diskriminierung sind vorhanden.</p> <p>Verhalten, das sich gegen das Grundgesetz und die Menschenrechte richtet, wird in Bildungseinrichtungen erkannt und zieht unmittelbare Konsequenzen nach sich.</p>	<p>Bildungseinrichtungen entwickeln eigene Handlungskonzepte für den Umgang mit Gewalt, Diskriminierung und Mobbing mit konkreten Verfahrensplänen (analog zum Kinderschutzverfahren).</p> <p>Die Arbeit der Schulsozialarbeit und der pädagogischen Fachkräfte wird gestärkt und deren Unterstützung sichergestellt.</p>

STRATEGISCHE ZIELE	HANDLUNGSZIELE	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN
	<p>Betroffene Personen in Bildungseinrichtungen (Kinder, Jugendliche, Beschäftigte) fühlen sich akzeptiert und unterstützt. Sie kennen die dort vorhandenen Unterstützungsangebote.</p>	<p>Sozialarbeitende sind kompetent und sensibel bei der Unterstützung von Betroffenen.</p> <p>Schüler:innen werden gestärkt und ermutigt zur Meinungsäußerung gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und Rassismus.</p> <p>Betroffene erhalten Unterstützung. Jede Bildungseinrichtung etabliert eine kompetente Vertrauensperson, an die sich Betroffene wenden können.</p> <p>In jeder schulischen Einrichtung wird bis Ende 2027 ein Gewaltpräventionskonzept erstellt und regelmäßig evaluiert.</p>
<p>Bildungseinrichtungen wirken mit Eltern bei der Demokratieerziehung zusammen und nutzen die Ressourcen der Sozialräume</p>	<p>Eltern beteiligen sich aktiv an der Vermittlung demokratischer Werte.</p>	<p>Präventive Angebote für Elternversammlungen zu Themen wie Mobbing, Gewalt sowie rechtsextremistischen und rassistischen Erscheinungsformen werden im Zusammenwirken mit Fachkräften geschaffen und bekannt gemacht.</p> <p>Informationen zu Beteiligungsmöglichkeiten und Mitarbeit in Gremien werden durch die Bildungseinrichtungen gegeben und die Eltern werden aktiv gefördert und unterstützt.</p>

STRATEGISCHE ZIELE	HANDLUNGSZIELE	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN
	<p>Begegnungsmöglichkeiten für Eltern im Sozialraum sind bekannt.</p> <p>Begegnungsmöglichkeiten für Eltern und informelle Bildungsangebote existieren in verschiedenen Einrichtungen.</p> <p>Fachkräfte berücksichtigen sprachliche und kulturelle Unterschiede der Elternschaft.</p>	<p>Informationen zu Unterstützungsangeboten werden durch die Bildungseinrichtungen zur Verfügung gestellt.</p> <p>Ausreichende Angebote werden geschaffen für Begegnungsmöglichkeiten von Eltern wie Elterncafés oder Elterntreffs an Kitas, Schulen und Familienzentren.</p> <p>Die Angebote der Familienbildung werden erhalten und bedarfsgerecht ausgeweitet.</p> <p>Die Elternschaft ausländischer Herkunft mit unterschiedlichem Sprachniveau Deutsch wird unterstützt durch den Einsatz von Sprachmittler:innen oder Muttersprachler:innen usw.</p> <p>Die Informationen werden für Eltern mehrsprachig und möglichst in einfacher Sprache verfasst.</p>
<p>Kulturelle Vielfalt wird als wichtiger Wert wahrgenommen.</p>	<p>Interkulturelle Bildung ist fester Bestandteil des Bildungskanons.</p> <p>Interkulturalität und Diversität werden in den Bildungseinrichtungen als wertvoll angesehen.</p>	<p>Positive Erfahrungen werden beim Kennenlernen verschiedener Kulturen durch Feste, Spiele usw. in allen Bildungseinrichtungen befördert.</p> <p>Positive Beispiele und gelungene Maßnahmen werden durch die Bildungseinrichtungen öffentlich gemacht und medial begleitet.</p> <p>Bildungseinrichtungen beteiligen sich aktiv an der Gestaltung der interkulturellen Woche im Zusammenwirken mit Netzwerkpartnern.</p>

3. WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND HOCHSCHULE

Im Rahmen des Strukturwandels entwickelt sich die Stadt Cottbus/Chóšebuz zu einem Wissenschaftsstandort mit der neuen *Medizinische Universität Lausitz - Carl Thiem* und der lang etablierten *Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg* sowie des neu entstehenden Lausitz Science Park. Durch die Anziehungskraft des Wissenschaftsstandortes auf junge Menschen aus dem In- und Ausland erhält die Region wichtige Impulse auf unterschiedlichsten Ebenen. Studierende und Beschäftigte an den Universitäten / Hochschulen brauchen ein diskriminierungssensibles und sicheres Arbeits- und Lebensumfeld.

Die Hochschullandschaft ist geprägt durch ein hohes Maß an Selbstverwaltung in den verschiedenen Statusgruppen (Studierende, Mittelbau, Professorenschaft) und auf unterschiedlichen Hierarchieebenen. Die Freiheiten der Selbstverwaltung sind ein wichtiger Anknüpfungspunkt für das vorliegende Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus. Denn Gremien wie Senat, Studierendenparlament, Fachschaften, Studierendenrat, Personalräte, Fakultätsräte u.a. bieten zahlreiche Möglichkeiten gegen Rechtsextremismus vorzugehen und menschenverachtenden Tendenzen wirkungsvoll zu begegnen.

STRATEGISCHE ZIELE	HANDLUNGSZIELE	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN
Rechtsextremistische Unterwanderung von universitären Selbstverwaltungsstrukturen wird verhindert.	Rechtsextremistische Akteur:innen werden als solche identifiziert und benannt. Die Transparenz über rechtsextreme Vorfälle wird gefördert.	Aufklärung, Information zu Trends und Symbolen wird aktiv gefördert durch z.B. das Weiterbildungszentrum der BTU. Niederschwellige Meldeportale – Monitoringsstellen werden eingerichtet, ausgebaut und bekannt gemacht.
Rechtsextremistischen Tendenzen in der Studierendenschaft wird entgegen gewirkt.	Rechtsextremistische Studierende werden als solche erkannt und an der Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts gehindert. Interkulturelle Kompetenzen in der Studierendenschaft werden gefördert.	Rechtsextreme Studierende bzw. die Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts werden an die bekannten Monitoringstellen gemeldet. Durch gemeinsame Veranstaltungen wie Seminare, Feste und Austauschformate wird das Kennenlernen und die Begegnung unter den Studierenden gefördert.

STRATEGISCHE ZIELE	HANDLUNGSZIELE	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN
<p>Hauptamtlich Beschäftigte sind der demokratisch-freiheitlichen Ordnung verpflichtet und verhalten sich entsprechend.</p>	<p>Die Leitung der Hochschule wirkt rechtsextremistischen Tendenzen in den hauptamtlichen Strukturen der Universität aktiv entgegen.</p>	<p>Handlungskonzepte zum Umgang mit rechtsextremen Vorfällen, Einstellungen und Äußerungen von hauptamtlichen Mitarbeitenden werden erarbeitet und etabliert.</p> <p>Dienstrechtliche Vereinbarungen zu rechtsextremen Äußerungen / Verhalten von hauptamtlichen Mitarbeitenden werden getroffen und umgesetzt.</p> <p>Eine Kommission zu Ethik und Kultur wird eingerichtet.</p> <p>Im jeweiligen Hausrecht wird auch die Bekämpfung von Rechtsextremismus verankert und im konkreten Fall angewendet.</p>
<p>Schutzmechanismen für betroffene Studierende und Mitarbeitende sind vorhanden</p>	<p>Betroffene Studierende fühlen sich unterstützt. Sie kennen entsprechende Anlaufstellen und Angebote an ihrer Hochschule/ Universität.</p>	<p>Universitäten und Hochschulen integrieren den Schutz und die Unterstützung von Betroffenen intern in ihren Handlungskonzepten, Leitfäden, Awarenesskonzepten und etablieren intern kompetente Anlaufstellen und Ansprechpartner:innen .</p>

STRATEGISCHE ZIELE	HANDLUNGSZIELE	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN
		<p>Hauptamtliche Mitarbeitende berücksichtigen den Schutz von Betroffenen in der Konzeption ihrer Angebote und Veranstaltungen z.B. durch Awareness- Konzepte.</p> <p>Ein Runder Tisch mit Polizei, Hochschulleitung und Studierenden wird etabliert, um das Vertrauen in staatliche Institutionen/Behörden zu stärken und auf diese Weise einen kompetenten Betroffenschutz an den Universitäten und Hochschulen umzusetzen.</p>

4. ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Eine erfolgreiche Integration in Arbeit, gute Arbeitsbedingungen und eine stabile Wirtschaft, die durch Unternehmen geprägt ist, die sich klar gegen Diskriminierung positionieren und für Diversität sowie eine innovative und inklusive Unternehmenskultur einsetzen, ist eine notwendige Voraussetzung für einen festen demokratischen Unterbau in den Regionen. Im Handlungsfeld „Arbeit und Wirtschaft“ wird zunächst als Priorität gesetzt, Lösungen und Ansätze zu finden, die nachhaltig eine demokratische Kultur in den Unternehmen der Region prägen, um eine erfolgreiche wirtschaftliche Zukunft zu sichern. Dafür muss insbesondere der Umgang mit bzw. die Reaktionsfähigkeit auf antidemokratische und rechtsextreme Erscheinungsformen in Betrieben und Unternehmen gestärkt werden.

STRATEGISCHE ZIELE	HANDLUNGSZIELE	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN
<p>Arbeitgeber:innen in der Stadt Cottbus/Chóšebuz fördern aktiv die Präventionsarbeit gegen Extremismus, insbesondere gegen Rechtsextremismus und Rassismus, und übernehmen Verantwortung für eine gemeinsame Präventionsarbeit zur Sicherung der eigenen Unternehmen und Imageverbesserung der Region.</p>	<p>Kooperationsbeziehungen zwischen der Stadtverwaltung und den Unternehmen in Bezug auf interkulturelle Öffnung und den kompetenten Umgang mit bzw. Prävention von Rechtsextremismus werden (weiter-)entwickelt.</p>	<p>Eine Konferenz der Arbeitgeber:innen zum Thema „Interkulturelle Zusammenarbeit“ und „Alltagsrassismus“ am Arbeitsplatz wird durchgeführt.</p> <p>Die kommunalen Unternehmen werden zu Themen wie Extremismus und Alltagsrassismus über ihre Aufsichtsrats- und Werksausschüsse sensibilisiert.</p> <p>Es wird z. B. ein runder Tisch der Betriebsräte und ansässigen Gewerkschaften zum Thema etabliert.</p>
<p>Arbeitgeber:innen fördern eine demokratische und tolerante Kultur in ihren Betrieben, denn sie wissen, dass die wirtschaftliche Zukunft und unternehmerischer Erfolg nur durch Zuwanderung möglich sein wird.</p>	<p>Führungskräfte und Mitarbeiter:innen sind für tolerante Werthaltungen am Arbeitsplatz sensibel und tragen aktiv dazu bei.</p>	<p>In Unternehmen werden regelmäßige Informations- und Sensibilisierungsveranstaltungen zu Erscheinungsformen von Extremismus und Rassismus durchgeführt.</p>

STRATEGISCHE ZIELE	HANDLUNGSZIELE	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN
	<p>Ausbildungsbetriebe setzen bereits in der Berufsausbildung einen wertschätzenden, kultursensiblen und vorurteilsbewussten Umgang miteinander um.</p>	<p>Auszubildende erhalten zum Ausbildungsbeginn interkulturelle und demokratische Einführungsseminare. Einführungsseminare zu den Werten der freiheitlich demokratischen Grundordnung werden in den Plänen des 1. Ausbildungshalbjahres fest verankert.</p>
<p>Antidiskriminierungsarbeit, die Stärkung von Zivilcourage und Betroffenenenschutz werden in den Unternehmen als wichtige Querschnittsthemen anerkannt und gefördert.</p>	<p>Mitarbeiter:innen sind sensibel und kompetent im Umgang mit rechtsextremen, menschenfeindlichen und diskriminierenden Äußerungen, Verhalten und Vorfällen am Arbeitsplatz. Sie fühlen sich bestärkt darin, am Arbeitsplatz aktiv dagegen zu intervenieren. Es bestehen bessere Beratungsmöglichkeiten in Unternehmen zu antidemokratischen und rechtsextremen Erscheinungsformen. Besonders Betroffene kennen die entsprechenden Angebote und Anlaufstellen.</p>	<p>Die Qualifizierung und Fortbildung von Mitarbeiter:innen zu Erscheinungsformen von Rechtsextremismus sowie das Intervenieren bei Vorfällen am Arbeitsplatz wird durch Arbeitgeber:innen gefördert.</p> <p>Anlaufstellen zum Schutz vor antidemokratischen oder extremistischen Übergriffen werden etabliert z.B. durch die Schulung der Betriebsräte und die Einrichtung von Ombudsstellen.</p>

5. SPORT, FREIZEIT UND KULTUR

Der Bereich Sport, Freizeit und Kultur ist wichtiger Bestandteil bei den Bemühungen, sich rechts-extremen Strömungen entgegenzustellen. Menschen begegnen sich in Sport- und Kulturvereinen, Freizeiteinrichtungen, auf Festen, in Workshops und vielen anderen sportlichen und kulturellen Veranstaltungen.

Eine große Herausforderung ist das Erreichen von schwer zugänglichen Zielgruppen, wie beispielsweise bildungsfernen oder einsamen Menschen. Niedrigschwellige Angebote kommen dieser Zielgruppe entgegen und bieten die Möglichkeit, demokratische Werte zu vermitteln. Menschen, die sich für Demokratie und gegen Rechtsextremismus positionieren, fühlen sich oft nicht sicher. Eine klare, einheitliche Haltung aller handelnden Akteur:innen im Feld Sport, Freizeit und Kultur ist daher wichtig, um diesem Gefühl der Unsicherheit entgegenzuwirken. Strukturen und Einstellungen ändern sich nur sehr langsam. Darum ist es notwendig, das Problem langfristige zu bearbeiten und nachhaltige Veränderungen anzuregen.

STRATEGISCHE ZIELE	HANDLUNGSZIELE	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN
<p>Die Sensibilisierung für demokratische und menschenrechtsorientierte Werthaltung in Sportvereinen und kulturellen Einrichtungen wird als interdisziplinäres Thema im Handlungsfeld aktiv gefördert und gestärkt.</p>	<p>Antidiskriminierungsarbeit gegen Rassismus, Homo- und Transfeindlichkeit und Antisemitismus sowie weitere Formen der Diskriminierung wird in den einzelnen Vereinen und Verbänden durch Aktivitäten und Angebote umgesetzt.</p>	<p>Es werden z. B. Erfahrungsaustausche zwischen Sportvereinen und -verbänden zum Thema „Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus im Sport“ durch den Stadtsportbund oder einzelne Akteur:innen durchgeführt, um eine gemeinsame Haltung und weitere Handlungsstrategien zu entwickeln.</p> <p>Formate wie der o. g. Erfahrungsaustausch werden auch zwischen kulturellen Einrichtungen durchgeführt, mit dem Ziel auch hier eine gemeinsame Haltung und Handlungsstrategie zu entwickeln.</p> <p>Die gemeinsame Positionierung aller Akteur:innen gegen Rechtsextremismus wird zum Beispiel durch gemeinsame öffentlichkeitswirksame Kampagnen oder Veranstaltungen gezeigt und gestärkt.</p>

STRATEGISCHE ZIELE	HANDLUNGSZIELE	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN
<p>Die Angebote im Bereich Sport, Freizeit und Kultur basieren auf den demokratischen Werten und orientieren sich an den allg. Menschenrechten.</p>	<p>Diese Werteorientierung bildet sich in trügereigenen Leitbildern und Handlungskonzepten ab.</p>	<p>Einrichtungen, Träger und Akteur:innen im Handlungsfeld erarbeiten Leitbilder und Handlungskonzepte, die sich an den Menschenrechten und demokratischen Werten orientieren.</p>
<p>Die Intensivierung des interkulturellen und interreligiösen Austauschs in Sport, Freizeit und Kultur wird als Querschnittsauftrag im Handlungsfeld aktiv gefördert.</p>	<p>Haupt- und Ehrenamtliche handeln sensibel zu interkulturellen und interreligiösen Fragen und orientieren sich dabei an den Leitbildern der Träger.</p>	<p>Es werden niederschwellige kultursensible Angebote, die gemischte Zielgruppen ansprechen und gemeinsame Erlebnisse schaffen, entwickelt und etabliert.</p>
<p>Die Prävention von Rechtsextremismus wird als Querschnittsauftrag in Sportvereinen, -verbänden und kulturellen Einrichtungen verstanden.</p>	<p>Akteur:innen im Handlungsfeld sind sensibel und aufgeklärt zum Thema Rechtsextremismus. Sie können kompetent auf rechtsextreme Vorfälle, Einstellungen und Verhalten in Vereinen und kulturellen Einrichtungen reagieren.</p>	<p>Akteur:innen in den Vereinen und Verbänden werden gezielt durch Fortbildungsmaßnahmen qualifiziert v.a. Schulungen zu Geschichte (z.B. Holocaust, Kolonialismus), Argumentationstrainings, Techniken der Gesprächsführung etc.</p> <p>Vereine und Einrichtungen der kulturellen Bildung entwickeln spezifische Ansprache- bzw. Interventionskonzepte für rechtsaffine Jugendliche in enger Zusammenarbeit mit Fachberatungsstellen und Expert:innen.</p> <p>Der Landessportbund unterstützt Schulungen und spricht Empfehlungen aus.</p>

STRATEGISCHE ZIELE	HANDLUNGSZIELE	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN
		<p>Die Etablierung von spezifischen Projekten zum Thema Prävention z.B. Fanprojekte wie beim größten Player FC Energie mit Sozialarbeitenden wird weiterhin ausgebaut. Durch die langfristige Förderung von Projekten werden die etablierten Maßnahmen nachhaltig.</p>
<p>Kulturelle Einrichtungen und Sportvereine fungieren als sichere Orte für von Rechtsextremismus Betroffene. Antidiskriminierungsarbeit, die Stärkung von Zivilcourage und Betroffenenenschutz werden dafür aktiv gefördert.</p>	<p>Betroffene von Diskriminierung, Rechtsextremismus und Gewalt erhalten Unterstützung.</p> <p>Sie kennen die entsprechenden Anlaufstellen im Handlungsfeld.</p>	<p>Es werden Beauftragte/ Ansprechpartner:innen für Sportorganisationen im Themenfeld Rechtsextremismus etabliert.</p> <p>Vereine und Einrichtungen der kulturellen Bildung entwickeln Handlungskonzepte und Hausordnungen zur aktiven Prävention von Rechtsextremismus.</p> <p>Das Hinzuziehen von externen Beratungsstellen zur Entwicklung von Maßnahmen wird ausgebaut.</p>
<p>Die Verbesserung der Kooperation mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen ermöglicht neue Angebote für breitere Zielgruppen.</p>	<p>Menschen, welche die Angebote bisher nicht nutzen, werden durch neue Angebote erreicht und damit am sozialen Leben beteiligt (bspw. Einsame, Bildungsferne).</p>	<p>Es werden Schnittstellen zwischen Sport und Kultur geschaffen zur Entwicklung von zielgruppenübergreifenden und wohnortbezogenen Projekten.</p>
<p>Das Bewusstsein für die Bedeutsamkeit von Kunst, Kultur und kultureller Bildung in der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus wird gestärkt.</p>	<p>Akteur:innen im Bereich von Kunst und Kultur schaffen Angebote in denen mit künstlerischen Mitteln interkulturelles Lernen und Verständnis gefördert wird.</p>	<p>Die dafür notwendigen Kreativräume (Proberäume, Ateliers, Clubs) werden öffentlich unterstützt und langfristig gesichert.</p>

6. WOHNEN UND WOHNUMFELD

Gerade in den großen Wohnquartieren Sachsendorf, Neu-Schmellwitz und Sandow kommt es immer wieder zu Konflikten. In Hinblick auf das Zusammenleben verschiedenster Menschen aus allen Teilen der Welt ist ein solidarisches Miteinander unerlässlich. für ein gelingendes nachbarschaftliches Wohnen. Grundvoraussetzung dafür ist, dass Wohnungsunternehmen mit sozialen Einrichtungen und den verschiedenen Netzwerken zusammenarbeiten, um den sozialen Zusammenhalt zu fördern.

Ziel, der hier entwickelten Strategien und Handlungsempfehlungen, ist die Förderung von Gemeinschaftsbildung und sozialen Strukturen. Beispielsweise geht es unter anderem um die Einbeziehung der Bewohner:innen in Entscheidungsprozesse bezüglich ihres Wohnumfelds und ihrer Gemeinschaft z.B. durch regelmäßige Versammlungen, Bürgerbeteiligungsprojekte und Konsultationen, sodass Meinungen und Ideen aller gehört und berücksichtigt werden können.

Darüber hinaus ist unabdingbar, dass Wohnungsunternehmen bei neuen Wohngebäuden Begegnungsräume für den Austausch mitdenken und schaffen. Sozialwohnungen sollten für eine soziale Durchmischung im Quartier gefördert werden, um sozialen Ungleichheiten entgegenzuwirken.

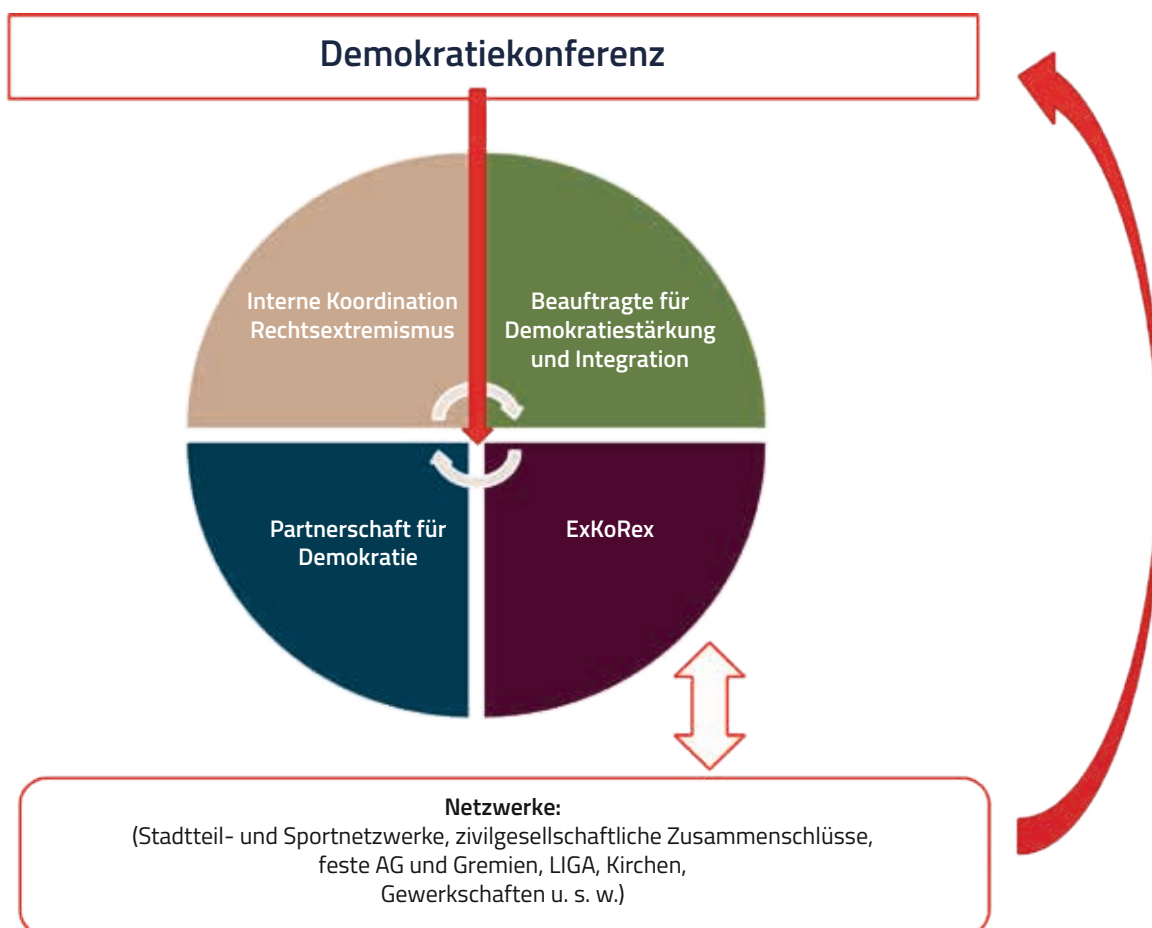
STRATEGISCHE ZIELE	HANDLUNGSZIELE	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN
<p>In den Quartieren werden soziale Strukturen durch die Zusammenarbeit verschiedener Akteur:innen gestärkt.</p>	<p>Gemeinschaftsveranstaltungen zur Stärkung des Zusammenhalts in der Nachbarschaft werden organisiert. Interkultureller Austausch und Begegnungen zwischen verschiedenen Generationen finden regelmäßig statt.</p> <p>Durch das Einrichten von Räumlichkeiten oder Begegnungsstätten wird der Austausch zwischen den Generationen gefördert, Einsamkeit wird (als Risikofaktor) damit verringert.</p> <p>Die Förderung von Nachbarschaftshilfe und Solidarität trägt zum Abbau von Vorurteilen, Stereotypen und Diskriminierung in den Quartieren bei.</p>	<p>Niedrigschwellige Veranstaltungen von Spieleabenden, Kleinstquartierfesten, kulturellen Veranstaltungen („KiezKulturFest“ oder „Fest der Kulturen“) ermöglichen Begegnung und stärken den Zusammenhalt.</p> <p>Verschiedene Akteur:innen organisieren und koordinieren gemeinsam Angebote wie z. B. Hausaufgabenhilfe, Nachbarschafts-Café, Nachbarschafts-Hilfe. Durch die Bereitstellung von kommunalen, kostenfreien Räumlichkeiten für gemeinnützige Vereine können diese im jeweiligen Stadtquartier wirken (ohne Unkostenbeiträge).</p>

STRATEGISCHE ZIELE	HANDLUNGSZIELE	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN
	<p>Die Bewohner:innen können gemeinsam über Angelegenheiten ihres Wohnumfelds mitentscheiden und sich engagieren. Sie kennen die entsprechenden Beteiligungsmöglichkeiten und nehmen diese wahr.</p> <p>Die Bewohner:innen nehmen aktiv teil an der Gestaltung und Umsetzung ihres Quartiers und erleben dabei ein tolerantes und respektvolles Miteinander.</p> <p>Begegnungsräume und alternative Wohnformen werden bei der Errichtung von neuen Wohngebäuden mitgedacht. Dadurch wird Isolation, Vereinsamung und Armut und damit sozialer Ungleichheit in den Quartieren entgegengewirkt.</p>	<p>Durch die Einrichtung von Gremien oder Hausgemeinschaften wird Beteiligung ermöglicht bspw. durch die Etablierung eines Beirates für alle Bewohner:innen eines oder mehrerer Hauseingänge.</p> <p>Durch niedrigschwellige Angebote (z. B. beim Bau von Blumenrabatten, Blühwiesen, Sitzmöbeln) oder die Etablierung von „Ausleihstationen“ für Gartengeräte und Handwerksbedarf, aber auch Outdoor-Spiele, werden Beteiligung und Toleranz aktiv in den Quartieren gestärkt.</p> <p>Die Etablierung von alternativen Wohnformen und bezahlbarem Wohnraum (Mehrgenerationenwohnen, Baugruppen, Clusterwohnen, usw.) wird von Wohnungsunternehmen aktiv gefördert.</p>

STRATEGISCHE ZIELE	HANDLUNGSZIELE	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN
<p>Strukturen zum Konfliktmanagement und Mediation in Quartieren werden etabliert, um eine respektvolle Kultur im Quartier zu stärken.</p>	<p>Bewohner:innen kennen die Anlaufstellen bei Konflikten und wenden sich an die entsprechenden Stellen, um Konflikte im Quartier zu lösen.</p> <p>Soziale Konflikte im Quartier werden kompetent gelöst durch die Zusammenarbeit verschiedener Akteur:innen.</p>	<p>Es werden Anlaufstellen für Konfliktmanagement eingerichtet, um Unterstützung und Mediation zu ermöglichen.</p> <p>Die Schulung und Qualifizierung von Mitarbeiter:innen im Unternehmen, die bei der Konfliktlösung und Vermittlung zwischen Nachbarn unterstützen können, wird gefördert.</p> <p>Die Anlaufstellen arbeiten eng mit Akteur:innen der Sozialen Arbeit im Quartier zusammen. Die Etablierung von Sozialer Arbeit durch Quartiersläufer:innen wird durch Wohnungsunternehmen gefördert.</p> <p>Wohnungsunternehmen entwickeln Leitbilder und erstellen Handlungsleitfäden zum Umgang mit sozialen Konflikten (Thema: Mediation) und handeln entsprechend.</p>
<p>Zwischennutzung städtischer Immobilien wird ermöglicht</p>	<p>Die Einrichtung von Zwischennutzungsprogrammen ermöglicht gemeinnützigen Organisationen und Vereinen temporär leerstehende Immobilien zu nutzen.</p>	<p>Es werden passende Formate zur Zwischennutzung entwickelt, je nach Bedarfen in den Quartieren z.B. Anlaufstellen für Beratung und Vorsorge.</p>

ZUR UMSETZUNG, ZUSAMMENARBEIT UND FORTSCHREIBUNG DES KONZEPTE

Das vorliegende Handlungskonzept und die darin formulierten Strategien, können nur durch verschiedene, miteinander vernetzte Akteur:innen umgesetzt werden. Die Beteiligten treffen sich alljährlich in einer Konferenz der Zivilgesellschaft zur Vollversammlung. Hier wird eine Bewertung der örtlichen Situation in Bezug auf Rechtsextremismus vorgenommen, die Wirksamkeit der Gesamtstrategie eingeschätzt und ggf. notwendige Anpassungen am Konzept vorgenommen. Die Teilaspekte der Gesamtstrategie, nämlich die Handlungsempfehlungen für die einzelnen Handlungsfelder, werden dann in einzelnen Netzwerken und Bündnissen ausgelagert und von den Akteur:innen dort umgesetzt. Die Organisation der Vollversammlung sowie die Koordination des Gesamtprozesses wird dabei von einer sogenannten „Externen Koordinierungsstelle Rechtsextremismus“, im Folgenden „ExKoRex“ genannt, in Zusammenarbeit mit der Beauftragten zur Demokratiestärkung und Integration der Stadt und der lokalen Partnerschaft für Demokratie übernommen. Die ExKoRex sichert ein koordiniertes Vorgehen, indem sie die verschiedenen Akteur:innen einbindet, die relevanten Informationen aus den verschiedenen Netzwerken bündelt und sie weiterträgt.



Die lokale Politik und Stadtverwaltung unterstützen die Weiterentwicklung und Umsetzung des Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus, indem im Haushalt 2024 Mittel für die ExKo-Rex eingeplant wurden (Beschluss der StVV vom 31.01.24). Für die kommenden Haushaltsjahre wird der Oberbürgermeister gebeten, bei der Erarbeitung der Haushaltspläne und in der mittelfristigen Finanzplanung entsprechende Mittel weiterhin einzuplanen.

Zur Umsetzung und Fortschreibung des Handlungskonzeptes benötigt es eine grundsätzliche Kommunikationsstrategie, die den folgenden Prinzipien folgt:

- **Klarheit**, bedeutet einfach und deutlich zu kommunizieren.
- **Haltung**, bedeutet deutlich Grenzen aufzuzeigen, Unrecht zu markieren und Räume (auch Sprachräume) sicher zu machen.
- **Stringenz**, bedeutet sach- und faktenbasiert zu kommunizieren und über genutzte Begrifflichkeiten in den Dialog zu treten.
- **Dialog** ist nur mit Herz, Humor und Empathie möglich. Gewalt und Aggression gehören nicht dazu.

GLOSSAR

RECHTSEXTREMISMUS

Rechtsextremismus stellt keine einheitliche Ideologie dar, sondern dient als Sammelbegriff verschiedener Ideologien und politischer Strömungen. Rechtsextremismus ist sowohl auf der Einstellungs- als auch auf der Verhaltensebene angesiedelt (Stöss 2010, S. 21). Weltanschauliche/Ideologische Aspekte des Rechtsextremismus beinhalten: Sozialdarwinismus, Chauvinismus, Nationalismus/Völkisches Denken, Rassismus & Antisemitismus, Demokratiefeindlichkeit & Ablehnung des Grundsatzes der Gleichheit aller Menschen, Autoritarismus, Pro-Nazismus, Geschichtsrevisionismus (Stöss 2010, S. 21; Salzborn 2015, S. 21)

Auf der Verhaltensebene zeigt sich Rechtsextremismus im Protest, im Wahlverhalten, Mitgliedschaft in rechten Vereinigungen, in Abwertung, Gewalt und Terrorismus. Der ideologische Unterbau des Rechtsextremismus ist eine „Ideologie der Ungleichheit“ (Heitmeyer 2008), mit der eine Gewaltakzeptanz und -bereitschaft einhergeht.

Heitmeyer, Wilhelm (2008). Deutsche Zustände, Folge 6.

Salzborn, Samuel (2015). Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. 2. Aktual. U. erw. Auflage. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Stöss, Richard (2010). Rechtsextremismus im Wandel. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

RECHTSPOPULISMUS

Als Rechtspopulismus wird eine Form des Populismus bezeichnet. Mit dem Begriff soll verdeutlicht werden, dass sich bestimmte rechte Strömungen populistischer Strategien und Mittel bedienen – wie beispielsweise Personenkult, das Einsetzen sprachlicher Mittel oder das Aufgreifen aktueller Debattenthemen und diese mit Hilfe von Polemik und Polarisierung so zuspitzen, dass diese medial aufgegriffen werden (Salzborn 2015, S. 9).

Rechtspopulismus ist vom Rechtsextremismus nicht immer klar abzugrenzen. Die Grenzen sind fließend, Rechtspopulist:innen halten sich in der Regel bewusst in der Grauzone und vermeiden es, eindeutige Aussagen zu tätigen. Rechtspopulist:innen versuchen sich vom Rechtsextremismus abzugrenzen, vertreten jedoch ähnliche antidemokratische, rassistische, völkische oder nationalistische Haltungen (BLPB 2021, o. S.).

Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (BLPB) (2021). Rechtspopulismus. <https://www.politische-bildung-brandenburg.de/lexikon/rechtspopulismus> (zuletzt aufgerufen am 30.05.2024).

Salzborn, Samuel (2015). Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. 2. Aktual. U. erw. Auflage. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

ANTISEMITISMUS

Als Antisemitismus bezeichnet man die zeitlich überdauernde Feindschaft gegenüber Juden :Jüdinnen. Er meint die „Gesamtheit judenfeindlicher Äußerungen, Tendenzen, Ressentiments, Haltungen und Handlungen“ (Benz 2020, S. 21). Im Antisemitismus werden Juden:Jüdinnen als homogene Gruppe betrachtet, der stereotype Vorurteile zugeschrieben werden. Antisemitismus kann sich auf verschiedene Weise äußern bspw. in Verschwörungsglauben, in Schuldabwehr und Täter-Opfer-Umkehr in Bezug auf Verfolgung und Ermordung von Juden:Jüdinnen im Nationalsozialismus oder in Bezug auf die Politik Israels, z. B. indem Israel als das absolut Böse dargestellt wird und die Gesamtheit der Juden:Jüdinnen für Israels Politik verantwortlich gemacht werden.

Benz, Wolfgang (2020). Was ist Antisemitismus. Frankfurt a.M.: Wochenschau-Verlag.

RASSISMUS

Rassismus ist eine Art der Diskriminierung. Durch Rassismus werden Menschen zum Beispiel wegen ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer Haare, ihres Namens oder ihrer Sprache diskriminiert, ausgegrenzt und abgewertet. Rassismus im modernen westlichen Sinn basiert auf der „Theorie“ der Unterschiedlichkeit menschlicher „Rassen“ aufgrund biologischer Merkmale. Dabei werden soziale und kulturelle Differenzen naturalisiert und somit soziale Beziehungen zwischen Menschen als unveränderliche und vererbare verstanden (Naturalisierung). Die Menschen werden dafür in jeweils homogenen Gruppen zusammengefasst und vereinheitlicht (Homogenisierung) und den anderen als grundsätzlich verschieden und unvereinbar gegenübergestellt (Polarisierung) und damit zugleich in eine Rangordnung gebracht (Hierarchisierung). Rassismus kann sich gegen verschiedene Gruppen richten zum Beispiel gegen Sinti:zze und Rom:nja (Antiziganismus), Schwarze Menschen (Anti-Schwarzer-Rassismus), Muslim:innen (Antimuslimischer Rassismus) oder Asiat:innen (Anti-Asiatischer-Rassismus) etc.

Rommelspacher, Birgit (2009). Was ist eigentlich Rassismus? In: Melter, Claus & Mecheril, Paul (Hg.) (2009). Rassismuskritik 1. Rassismustheorie und -forschung. Schwalbach: Wochenschau-Verlag. S. 25-38.

GRUPPENBEZOGENE MENSCHENFEINDLICHKEIT

Das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) wurde im Bereich der Sozialwissenschaft entwickelt und geht unter anderem auf Wilhelm Heitmeyer zurück. Mit dem Konzept werden Ablehnungshaltungen gegenüber einer Person oder Personengruppe systematisch erfasst, die (allein) mit der Zugehörigkeit zu einer (bestimmten) „Gruppe“ begründet wird. Das Konzept der GMF arbeitet dabei mit der Theorie der Sozialen Identität. Hier wird angenommen, dass die Ausbildung einer eigenen Identität meist mit dem Bestreben einhergeht, sich selbst als zugehörig zu einer sozialen „Gruppe“ zu verstehen. Es werden „Eigengruppen“ gegenüber „Fremdgruppen“ konstruiert. Wenn dieser Prozess allerdings mit der Aufwertung der eigenen Gruppe und der Abwertung der „Anderen“ einhergeht, bietet dies Anknüpfungspunkte für „Ideologien der Ungleichwertigkeit“. So wird das Konzept der GMF oft mit Phänomenen wie Rechtsextremismus, Rassismus, Homophobie und Antisemitismus in Verbindung gebracht.

Kurt Möller (2017): „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF) oder Pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen (PAKOs)? – Welches Konzept führt wissenschaftlich und praktisch wohin? In: Dokumentation Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rassismuskritik. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.). Seite 23-25.

DIVERSITÄT

Diversity wird oftmals mit Vielfalt, Vielfältigkeit, Verschiedenheit, Diversität, übersetzt. Der Begriff geht auf die Bürgerrechts-, Frauen-, Homosexuellen- und Behindertenbewegung in den USA zurück. Der Begriff Diversity nimmt Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Menschen in den Blick, mit dem Ziel, soziale Ungleichheiten auszumachen.

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) differenziert zwischen sechs Diversitätsmerkmalen: Alter, Behinderung, ethnische Herkunft, Geschlecht, Religion/Weltanschauung und sexuelle Identität.

Vielfalt. Mediathek (2024). Diversität. <https://www.vielfalt-mediathek.de/diversitaet> (zuletzt aufgerufen am 30.05.2024).

INTEGRATION

Integration bezeichnet den „individuellen, gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen, rechtlichen und symbolischen Prozess der Herstellung von Anerkennung, Chancengleichheit und Teilhabe [...] für alle Bürger:innen einer Gesellschaft, gleich ihrer kulturellen, ethnischen, religiösen oder nationalen Herkunft und gleich ihres Geschlechts, ihrer Sexualität, ihrer Schicht und ihrer Abilität. Integration beinhaltet Zugangsmöglichkeiten zu ökonomischen Ressourcen und strukturellen Gütern, aber auch kulturelle, soziale und symbolische Zugehörigkeit und Anerkennung“ (Foroutan & Kalter 2021, S. 7).

Foroutan, Naika & Kalter, Franke (2021). Integration. In: Pickel, Gert; Decker, Oliver; Kailitz, Steffen; Röder, Antje; Schulze, Julia (Hg.) (2021). Handbuch Integration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

ZIVILGESELLSCHAFT

Als Zivilgesellschaft wird das gesamte bürgerschaftliche Engagement innerhalb eines Landes gesehen. Die Zivilgesellschaft ist zwischen privatem, wirtschaftlichem und staatlichem Sektor angesiedelt und beinhaltet beispielsweise Vereine, Verbände, Stiftungen, gemeinnützige Gesellschaften oder Bürgerinitiativen. Er dient als Ort der politischen Meinungsbildung und als Bindeglied zwischen Politik und gesellschaftlichen Interessen.

Zivilgesellschaftliche Schlüsselbegriffe sind Bürgersinn, Zivilcourage, Gemeinwohlorientierung und Solidarität. Das Wertesystem innerhalb der Zivilgesellschaft ist geprägt von Freiheit, Eigeninitiative, Toleranz, Gewaltfreiheit, Chancengleichheit, Wettbewerb und einer freiheitlich-demokratischen Kultur (Stricker & Strasser 2002, S. 1897f.).

Als Zivilgesellschaft wird ein Teil der Gesellschaft bezeichnet, der „aus Zusammenschlüssen besteht, die im öffentlichen Raum stattfinden, auf freiwilligen Handlungen beruhen und im Wesentlichen die Selbstorganisation der Bürger zum Ziel haben. Dabei kann zwischen einem institutionalisierten und einem nicht gebundenen Bereich unterschieden werden. Klassische Organisationsformen für den institutionalisierten Bereich der Zivilgesellschaft sind Vereine, Verbände, Stiftungen oder andere Formen von rechtsfähigen und nicht rechtsfähigen Körperschaften.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2024). Zivilgesellschaft. <https://www.bmz.de/de/service/lexikon#lexicon=14976> (zuletzt aufgerufen am 29.05.2024).

Zimmer, Annette (2024). Bundeszentrale für politische Bildung. Zivilgesellschaft. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/511485/zivilgesellschaft/#:~:text=Zivilgesellschaft%20ist%20sowohl%20Ort%20gesellschaftlich,zwischen%20gesellschaftlichen%20Interessen%20und%20Politik> (zuletzt aufgerufen am 29.05.2024).

Michael Stricker/Hermann Strasser (2002). Zivilgesellschaft. In: Enduweit, Günter, Troisdorf, Giesela und Butzan, Nicole (Hg.) (2002). Wörterbuch der Soziologie. 3. überarb. Auflage. Konstanz/München: UVK Verlagsgesellschaft. S. 1897-1898.



STADT COTTBUS
CHÓSEBUS

Erklärung der hauptamtlichen Stadtverwaltung der Stadt Cottbus/Chósebus und deren Eigenbetriebe

Präambel

Cottbus/Chósebus ist unsere gemeinsame Heimat. Jeder Mensch soll in Cottbus/Chósebus sicher und in Würde leben können. Gemeinsam wollen wir friedlich darüber diskutieren, wie wir in unserer Stadt zusammenleben möchten. Cottbus/Chósebus möchte für alle ein Zuhause sein, die sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und somit zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland bekennen. Cottbus/Chósebus will ein Ort sein, an dem jede und jeder, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion, Behinderung und Alter die gleichen Rechte auf Teilhabe am lokalen gesellschaftlichen Leben hat. In Cottbus/Chósebus sollen alle Menschen willkommen sein, die in unserer Stadt respektvoll, friedlich und solidarisch miteinander leben und diese mitgestalten wollen. Aber wir sagen auch sehr deutlich, dass alle, die sich einem ideologisch oder religiös begründeten Extremismus, Rassismus oder Antisemitismus verschrieben haben, bei uns in Cottbus/Chósebus nicht willkommen sind.

Auf Basis dieser Präambel bekennen sich die hauptamtliche Stadtverwaltung der Stadt Cottbus/Chósebus und deren Eigenbetriebe zu folgenden Grundsätzen:

Bekenntnisse

Demokratie ist kein Normalzustand, sondern muss immer wieder neu erarbeitet, erstritten und erkämpft, aber auch geschützt und bewahrt werden. Pluralistische Gesellschaften wie die unsere stehen vor der Herausforderung, vielen Menschen mit unterschiedlichen Lebensperspektiven Raum und Aufmerksamkeit zu geben. Um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stabilisieren und Diversität anzuerkennen ist gegenseitiger Respekt auf Basis von Vielfalt, Weltoffenheit, Demokratie und Teilhabe erforderlich. Wir alle werden täglich unsere Bereitschaft erneuern, dafür einzutreten.

Extremismus jeglicher Art und ideologischer Grundierung, zuvorderst der Rechtsextremismus ist unverändert die größte Gefahr für die Demokratie und die Freiheit in Deutschland. Mitten im Strukturwandel gefährdet er zudem die Ansiedlung von nationalen und internationalen Unternehmen sowie den dringend benötigten Zuzug von Menschen in die Region. Schon heute sind wir auf zusätzliche Fach- und Arbeitskräfte angewiesen.

Wir bekennen uns zur freiheitlichen, demokratisch organisierten Gesellschaft und sind überzeugt von der Gleichheit und der Unantastbarkeit der Würde aller Menschen.

Wir übernehmen Verantwortung für die Gegenwart, aber auch für die aus der Vergangenheit erwachsenen historischen Verpflichtungen. Der Schutz jüdischen Lebens erfährt dabei besonderes Augenmerk.

Wir verurteilen jede Form von politischem und religiösem Extremismus. Rechtsextremismus ist kein Protest besorgter Bürgerinnen und Bürger, sondern ein Angriff auf die bürgerliche parlamentarische Demokratie. Die rechtsextremistische Szene nutzt mehr und mehr legale Möglichkeiten, sich auszubreiten und gesellschaftlich zu verankern.

Der Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus bedarf eines aktiven Handelns sowie eines engen Zusammenwirkens aller gesellschaftlichen Kräfte. Lokale Politik und Stadtverwaltung unterstützen die Weiterentwicklung und Umsetzung des Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus, sowie zivilgesellschaftliches Engagement, um rechtsextreme Ideologien und Einstellungen zurückzudrängen.

Das Eintreten für Demokratie, Freiheit, Vielfalt und Menschenwürde bleibt unsere gemeinsame Aufgabe. Nötig ist deshalb eine klare Haltung jedes/jeder Einzelnen am Arbeitsplatz, im Wohngebiet, im Verein, in der Familie, unter Freunden und in der hauptamtlichen Stadtverwaltung. Wir appellieren an die besondere Verantwortung von Eltern und Großeltern, von Lehrkräften, Erzieherinnen und Erziehern, Übungsleitern, religiösen Gemeinschaften, Belegschaften und Vereinen. Mit Betroffenen von Ausgrenzung, Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wollen wir uns solidarisch zeigen und sie unterstützen.

Denn unser gemeinsames Ziel ist eine inklusive Stadtgesellschaft, welche die Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen fördert und aktiv unterstützt. Nur dann hat Cottbus/Chósebus eine gedeihliche Zukunft.



Oberbürgermeister
für die hauptamtliche Stadtverwaltung



